

Tagungsbericht

Neukölln knallhart – und kompetent gegen Gewalt Wie Strategien gegen Gewalt im Stadtquartier aussehen können

Sabine Drewes

Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung der Heinrich Böll Stiftung

Dass Neukölln knallhart ist, fand nicht zuletzt Detlev Buck, der eben diesen Berliner Bezirk zur Kulisse seines Sozial-Streifens „Knallhart“ machte. Der Film handelt vom Abziehen, hilflosen Lehrern und Eltern, von Opfern und von Tätern, die Jugendliche sind. Neukölln hat in der Tat eine der höchsten Dichten von Intensivtätern in Berlin. Trotzdem ist dieser Bezirk keinesfalls singulär. Um dieses Thema vor Ort zu diskutieren, hätte man die Veranstaltung auch in den Wedding, nach Moabit oder Duisburg-Marxloh verlegen können. Gerade die Mischung aus Mythos und Wirklichkeit machte Neukölln aber spannend als Ort der Debatte. Ausschlaggebend war auch das Engagement und die Begeisterung der Akteure vor Ort, die bereits ziemlich erfolgreich ein Netzwerk gegen Gewalt auf die Beine gestellt haben.

Also hat die Heinrich Böll Stiftung gemeinsam mit der Neuköllner Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold und unter Mitwirkung weiterer Aktiver zu dieser Tagung am 7. März 2008 in das Jugendzentrum Lessinghöhe eingeladen. Ein sehr passender Ort, musste es doch vor einigen Jahren wegen ausartender Gewaltvorfälle vorübergehend geschlossen werden. Inzwischen hat es unter neuer Leitung wieder geöffnet und funktioniert besser als je zuvor – weil es klare Regeln und Ansprechpartner gibt, weil Polizisten dort in ihrer Freizeit mit den Jugendlichen Fußball spielen. 150 Teilnehmer/innen kamen, größtenteils aus Berlin, aus Neukölln selbst und von sozialen oder Sanierungs-Trägern, Stiftungen oder verschiedener Quartiersmanagements anderer Bezirke, und beteiligten sich engagiert an der Diskussion. Der rege Austausch konnte in kleineren Zirkeln beim leckerem Imbiss einiger „Stadtteilmütter“ fortgesetzt werden.

Heitmeyer: Gewalt als Quelle von Anerkennung

Wenn von Gewalt die Rede ist, dürfe man sich nicht allein auf Jugendgewalt kaprizieren. Darin waren sich alle Referenten der Veranstaltung einig. Gewalt werde, so der renommierte Gewaltforscher **Wilhelm Heitmeyer**, in Familien und anderen sozialen Gruppen gelernt, die in bestimmten Quartieren ein „gewaltförmiges Interaktionsgeflecht“ bildeten. Gewaltlegitimationen würden nicht von Jugendlichen erfunden, sondern von gesellschaftlichen Eliten. Gewalt stehe bei Jugendlichen zumeist in Zusammenhang mit einem unerfüllten Wunsch nach Anerkennung: Jeder Mensch müsse um seine psychische Intaktheit willen die Fragen: Wer braucht mich? Wer hört mir zu? positiv beantworten können. Das Vertrauen in die ökonomische Absicherung sei aber in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken. Speziell in Problemquartieren versagten auch andere Anerkennungsquellen wie Familie und Schule. Somit werde Gewalt zur letzten aber effektiven Anerkennungsressource bei Gleichaltrigen: Verlierer schaffen andere Verlierer. Dabei herrsche eine expressive Gewalt vor, die um ihrer selbst willen ausgeübt wird, im Gegensatz zur funktionalen Gewalt, die man ausübt, um etwas damit zu bewirken (z.B. beim Raub). Mit zunehmendem Alter verschwinde die Gewalt der Jugendlichen dann aus dem

öffentlichen Raum und wandere in den privaten, was nicht weniger problematisch ist und für die Fortsetzung der Gewaltspirale sorgt. Durch die Segregation, die auch die sozialräumliche Zuspitzung dieser Prozesse mit sich bringt, entstehe eine neue Normalität der Gewalt, ein „sozialraumkonformer Gewaltlevel“. Sei das einmal geschehen, wäre es umso schwieriger, die Akzeptanz der Gewalt in Frage zu stellen.

Konsequenterweise sei eine „neue Kultur der Anerkennung“ auch der Schlüssel für Gegenstrategien (wobei Heitmeyer betonte, kein Strategie zu sein): Familien und Schulen müssten die Stärken der Jugendlichen suchen und daran anknüpfen. Bei Einwirkungsmöglichkeiten spiele aber auch die Stadtentwicklung eine wichtige Rolle: Den Segregationstendenzen müsse entgegengewirkt werden. Ärmere Stadtteile und Bezirke müssten im Rahmen eines innerstädtischen Lastenausgleichs finanziell besser gestellt werden. Heitmeyer appellierte eindringlich an das Verantwortungsgefühl der lokalen Eliten: Da sie von einem sozialen Frieden im Stadtteil profitierten, müssten sie auch etwas dazu beitragen ihn zu erhalten. Wen er dabei im konkreten Fall Neukölln meinte blieb unklar.

Neuköllner Erfahrungen: Rütli und „Kiezdruck“

Helmut Hochschild, Interims-Schulleiter der Neuköllner Rütli-Schule 2006 und derzeit Schulrat in Neukölln, knüpfte in seinem Kommentar zu Heitmeyer nahtlos an die Ausführungen von Heitmeyer an. Er blicke auf 20 Jahre Berufserfahrung in dem „gewaltfördernden Beziehungsgeflecht“ namens Hauptschule zurück. Die Hauptschule sei ein institutionalisierter Ort der Looser. Dass man aber auch dort eine Anerkennungskultur etablieren kann, hatte er in den wenigen Monaten seiner Schulleiterzeit in der Rütli-Schule unter Beweis gestellt: In dieser Zeit wurde beispielsweise eine Schülerfirma gegründet, die inzwischen „Rütliwear“ vertreibt. Dort lernen die Schüler ganz nebenbei rechnen, schreiben, planen und verantwortlich handeln. Der Unterricht wurde projektbezogener und damit lebenspraktischer ausgerichtet. Hochschild sprach sich generell für „weniger Pythagoras“ und mehr praxistaugliches Lernen aus, auf jeden Fall an Hauptschulen (s. Beitrag von Helmut Hochschild im Themendossier „Neukölln knallhart“: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1543.asp).

Die Quartiersmanagerin **Ayten Köse** von Quartiersmanagement Rollberg setzte in ihren Kommentar gegenüber Anerkennung als Ausweg aus der Gewaltspirale einen anderen Akzent: den der sozialen Normen im Quartier und des „Grenzen setzen“. Der Rollbergkiez sei vor 10 Jahren stark gewaltbelastet gewesen. Die organisierte Kriminalität hat sich im Quartier angesiedelt, mit dramatischen Auswirkungen auf das gesamte Zusammenleben. Jugendliche orientierten sich an erwachsenen Kriminellen. Der Wendepunkt kam 1998 als ein Jugendlicher getötet wurde. Daraufhin vernetzen sich verschiedene Institutionen wie das Bezirksamt, Schulen, das QM, die Polizei, Jugendzentren und andere Jugendeinrichtungen unter dem Motto „Kiezdruck“. Es ging darum, eine Gewalt missbilligende Atmosphäre im Stadtteil aufzubauen. Kinder mit positivem sozialen Verhalten wurden gestärkt, Straftaten vermehrt angezeigt. Mit Erfolg: Die Kriminalitätsrate sei merklich gesunken (s. Beitrag von Ayten Köse in diesem Dossier http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1546.asp).

Stefan Bonikowski, Jugendbeauftragter bei der Berliner Polizei, schlug in eine ähnliche Kerbe: Er sei zwar zuständig für Prävention, und das als

Überzeugungstäter. Die Ausrichtung der polizeilichen Arbeit auf Repression sei an ihre Grenzen gestoßen, deswegen sei die Präventionsarbeit bei der Polizei immer mehr ausgebaut worden. Allerdings setze ja auch die Prävention darauf, ein Bewusstsein für straffähiges Verhalten zu schaffen und die Konsequenzen von Straftaten zu verdeutlichen. Zu diesem Zweck bietet Bonikowski „Präventionsunterricht“ an Schulen an – eine dreitägige Projektarbeit, in der mit den jeweiligen Klassen eine fiktive Straftat ebenso fiktiv verübt, ermittelt, strafverfolgt und vor Gericht verhandelt wird (mehr dazu: http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1545.asp). Außerdem hat Bonikowski das Jugendrechtshaus in Neukölln gegründet, auf dem Grundstück der Jugendzentrums Lessinghöhe. Dort können Jugendliche sich beraten lassen, es ist ein Teil „positiver Polizeipräsenz“ im Umfeld des Jugendzentrums. Der Polizist äußerte sich angesichts des Ausmaßes an familiärer Gewalt, die ihm bei seiner Arbeit begegne, überrascht darüber, „dass es noch so ruhig ist“. Er rechne mit einer Zunahme der Gewalt für die Zukunft. In Quartieren wie Neukölln würde der lokalen Gesellschaft eine jahrzehntelange verfehlte Integrationspolitik auf die Füße fallen. Wie zuvor Heitmeyer warnte Bonikowski vor einem virulenten Antisemitismus bei muslimischen Jugendlichen.

„Delinquenz ist ein Zeichen von Hoffnung“

Mit diesem provokanten Satz begann **Frank Winter**, der fachliche Leiter des Täter-Opfer-Ausgleichs (TOA) Bremen, seinen Vortrag. Der gelernte Psychoanalytiker steuerte zu dieser Tagung, die sich bis dahin ausschließlich auf Neukölln bezogen hat, die Erfahrungen aus einer anderen bundesdeutschen Kommune bei und trug so zur Debatte über die Verallgemeinerbarkeit und Übertragbarkeit von Anti-Gewalt-Strategien bei. Gemeint war mit dem Einstiegssatz, dass man bei delinquenten Jugendlichen wenigstens noch einen Ansatzpunkt hätte, dass die Delinquenz ein Hilferuf sei, den man in der sozialen Arbeit aufgreifen könnte, während man bei suchtkranken oder depressiven Jugendlichen oft gar nicht rechtzeitig merke, wie schlecht es ihnen ginge.

Winter stellte den Ansatz der sozialen Mediation in städtischen Problemquartieren vor, der vom TOA-Bremen praktiziert wird. Soziale Brennpunkte seien häufig gekennzeichnet durch eine hohe Kriminalität und hohe Dunkelziffern, wenig Vertrauen in staatliche Organe, ein Klima der Angst. Die soziale Mediation würde in diesem Kontext Konflikte privatisieren durch ihre Rückbettung in den sozialen Zusammenhang, in dem sie entstanden sind. Die vereinbarten „Kompensationen“ bzw. Sanktionen für die Täter in diesen Konflikten sind häufig solche, die der lokale Gemeinschaft direkt zugute kommen. Dadurch tragen im Idealfall diejenigen die Konflikte miteinander aus, die sie auch miteinander haben, und nicht stellvertretend staatliche Organe, die sich in Hintergrund halten können. Zu der personellen Struktur, die diesen Ansatz realisieren hilft, zählen Mietersprecher, aufsuchende Konfliktberater und psychologische Konfliktschlichter. Die Effekte seien messbar, so habe die Delinquenz in den betroffenen Gebieten innerhalb weniger Jahre bis 50% abgenommen. Winter betonte die Rolle der Erwachsenen in der Auseinandersetzung mit (delinquenten) Jugendlichen: Diese Jugendlichen wollten Erwachsene, die den Kontakt zu ihnen halten und nicht abbrechen. Die Erwachsenen müssten ihnen signalisieren: „Die Welt kann von Euch nicht zerstört werden.“ Ein wesentlicher Teil der Arbeit von Konfliktschlichtern bestünde darin, Eltern zu verdeutlichen, welche verheerenden Auswirkungen ihre eigene Gewalt auf ihre Kinder hätte. Am Beispiel

einer Gruppe Jugendlicher, die einen Hausmeister zusammengeschlagen hat, verdeutlichte er die Herausforderungen von Antigewaltarbeit mit Jugendlichen: Diese jungen Männer hätten in der Gruppe einen Tauchkurs gemacht – nicht als „Belohnung“, sondern um die Gruppendynamik unter Wasser aufzuheben und den Jugendlichen auch eine persönliche Grenzerfahrung zu vermitteln. Es hätte in diesem Fall funktioniert – was letztlich auch immer Glückssache ist. Die Teilnehmer/innen zeigten sich gerade nach diesem letzten Beitrag sehr an praktischem Erfahrungsaustausch interessiert – nach bundesweitem Austausch über konkrete Erfahrungen sozialräumlich orientierter Gewaltarbeit gibt es über diese Veranstaltung hinaus eine große Nachfrage.

Lessons learned: Anerkennung und Regeln

Natürlich gibt es keine allgemeingültige, überall anwendbare Strategie gegen (Jugend-)Gewalt im Stadtquartier. Aber auf der Veranstaltung haben sich doch zwei Zutaten für solche Strategien herausgeschält: Zum einen Heitmeyers Anerkennungskultur, die in der neueren pädagogischen Praxis auch bereits umgesetzt wird. Nicht nur die Rütli-Schule, sondern auch viele andere Modellschulen zeigen, das auch an Hauptschulen mit einer hohen Anzahl von Schülern mit Lernschwierigkeiten ein projektbezogenes, praxisorientiertes Lernen möglich ist, das unmittelbare Lernerfolge vermittelt und das Vertrauen in eigene Kompetenzen stärkt. Aber nicht nur die Schule ist als Ort möglicher Anerkennung gefragt: Jugendzentren und zivilgesellschaftliche Initiativen können Jugendlichen Erfahrungsräume bieten, die andere Fähigkeiten betonen als sie in der Schule gefragt sind, z.B. in den Bereichen Musik, Tanz, Kunst, Sport.

Die andere Zutat lautet im schönen Sozialarbeiter-Sprech: Normen bzw. Regeln des Zusammenlebens verdeutlichen. Die Norm heißt: Konflikte ohne Fäuste oder Messer lösen. Der Stärkere hat nicht allein deswegen recht, weil niemand ihn herauszufordern wagt. Das klingt in manchen Ohren sicher selbstverständlich, man muss aber davon ausgehen, dass diese Regeln nicht in allen Familien und in allen Kiezen vermittelt und gelernt werden. Die Norm braucht ein Netzwerk, das sie lebt und ihr zur Geltung verhilft. In städtischen Problemquartieren besteht dieses Netzwerk häufig, wie in Neukölln, aus staatlichen und sozialen Trägern und Institutionen (Polizei, Jugendamt, Quartiersmanagement), die sozusagen kommissarisch Familienfunktionen übernehmen, wo diese eben nicht funktionieren. Das Projekt „Kiezdruck“, aber auch die soziale Mediation in Bremen zeigen wo es lang geht: die positiven Kräfte wie die „Stadtteilmütter“ und ansprechbare Jugendliche stärken, gewaltfördernde Konstellationen zurückdrängen. Dass diese Strukturen auch eine entsprechende dauerhafte Finanzierung brauchen versteht sich. Aber das ist der zweite Schritt.

Die Suche nach und der Austausch sinnvoller Ansätze der Konfliktbearbeitung und -prävention jedenfalls wird uns noch lange beschäftigen, denn gerade der sozialräumliche Bezug von Gewalt auf das Stadtquartier ist ein Thema mit Zukunft – leider.